Der Kreistag - Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss

Landkreis Gießen

HESSENS MITTE • WISSEN WIRTSCHAFT & KULTUR

Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

Az.: 91 000-212

Gießen, den 25. Februar 2013

NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des Landkreises Gießen am 21. Februar 2013 Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 4. Februar 2013 eingeladen.

Sitzungsbeginn: 16.40 Uhr
Sitzungsende: 18.05 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose	Ausschussvorsitzender	
Herr Stefan Bechthold	Kreistagsabgeordneter	
Frau Annette Bergen-Krause	Kreistagsabgeordnete	
Herr Heinz-Peter Haumann	Kreistagsabgeordneter	
Herr Frank Ide	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Matthias Knoche	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Frau Nadja Kolanus
Herr Klaus Peter Möller	Kreistagsabgeordneter	
Herr Reinhard Peter	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Herrn Ernst-Jürgen Bernbeck
Herr Peter Pilger	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Erhard Reinl	Kreistagsabgeordneter	
Herr Gerónimo Sánchez Miguel	Kreistagsabgeordneter	
Herr Karl-Heinz Schäfer	Kreistagsabgeordneter	

beratende Ausschussmitglieder

Herr Matthias Tampe-Haverkock	Gruppenvorsitzender	
Frau Maria Alves	Kreisausländerbeirats-mitglied	
Herr Reinhard Hamel	Kreistagsabgeordneter	
Herr Harald Scherer	Gruppenvorsitzender	

Ältestenrat

Herr Karl-Heinz Funck	Kreistagsvorsitzender
Herr Alexander Wright	stv. Kreistagsvorsitzender
Frau Claudia Zecher	stv. Kreistagsvorsitzende
Frau Hiltrud Hofmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Horst Nachtigall	Fraktionsvorsitzender
Herr Günther Semmler	Fraktionsvorsitzender
Herr Claus Spandau	Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Frau Anita Schneider	Landrätin
Herr Dirk Oßwald	hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter
Frau Dr. Christiane Schmahl	hauptamtliche Kreisbeigeordnete
Herr Dirk Haas	Kreisbeigeordneter (mit Dezernat)
Herr Johann Gottfried Hecker	Kreisbeigeordneter (mit Dezernat)
Herr Gottfried Schneider	Kreisbeigeordneter
Herr Jan-Eric Walb	Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Herr Thoma Euler	Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Eva-Maria Jung	Büroleiterin Dez. II
Herr Thorsten Becker	Fachbereich Service, Sicherheit und Ordnung
Frau Petra Laux	Fachdienst Personal
Herr Rainer Knapp	Fachdienst Personal
Herr Thomas Knoblauch	Fachdienst Personal- und Organisationsentwicklung
Herr Klaus Dieter Schmitt	Schriftführer

Entschuldigt

Herr Tim van Slobbe	Kreisausländerbeirats-mitglied
Frau Silva Lübbers	Kreisbeigeordnete

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Matthias Klose eröffnet die 13. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

2. Einheitliche Behördenrufnummer 115;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30. Januar 2013 (Vorlage Nr. 0607/2013)

Herr Fraktionsvorsitzender Spandau begründet den Antrag.

Frau Landrätin Schneider erläutert, dass die Verwaltung sehr intensiv die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 geprüft habe. Man habe auf Grund der Recherchen bei anderen Kreisverwaltungen und im Ergebnis einer intensiven Bearbeitung des Themas in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Stadt Gießen festgestellt, dass die Umsetzung einer einheitlichen Behördenrufnummer mit erheblichen Kosten verbunden sei. Für das gemeinsame Callcenter wäre ein Personalbedarf von acht bis zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie weitere Geschäftsausgaben in einer Größenordnung von 55.000 € erforderlich. Diese zusätzliche freiwillige Aufgabe halte sie derzeit auch in Anbetracht der verbindlichen Forderungen im Rahmen des Schutzschirmvertrages mit dem Land Hessen für nicht realisierbar. Daher werde derzeit die Einführung eines Bürgertelefons für die Kreisverwaltung geprüft. Man werde aber nicht völlig ausschließen, nach Verbesserung der finanziellen Haushaltslage des Landkreises Gießen, in einem weiteren Schritt die 115-Variante zu realisieren. Dies könne dann auch im Verbund mit allen Kreiskommunen und der Stadt Gießen im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit erfolgen.

An der Aussprache beteiligen sich Herr Fraktionsvorsitzender Spandau, Herr Möller und Herr Tampe-Haverkock.

Nach Zusage von Frau Landrätin Schneider, einen schriftlichen Bericht der Verwaltung über die bisherigen Ergebnisse vorzulegen, stellt die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Es erfolgt keine Abstimmung. Der Antrag bleibt im Geschäftsgang des Kreistages.

3. Bericht „Neues Modell der Personalsteuerung“
hier: Beschluss des Kreistages vom 25. Juni 2012

Frau Landrätin Schneider verweist zunächst auf den aktualisierten Bericht vom heutigen Tage. In ihren mündlichen Ergänzungen geht Frau Schneider insbesondere auf den demografischen Status quo der Bediensteten der Kreisverwaltung ein. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass das Durchschnittsalter bei über 46 Jahren liegt, komme den Themen Ausbildung und Nachwuchskräfte (Personalgewinnung) innerhalb der Kreisverwaltung eine sehr hohe Bedeutung zu. Weiterhin geht sie auch auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein, bevor sie sehr ausführlich die Steuerungszielgrößen von Stellen und Personalkosten erläutert und darstellt. Frau Landrätin Schneider weist hierbei besonders darauf hin, dass die Gesamtzahl der mit Arbeitsverträgen und dienstrechtlichen Verpflichtungen belegten Planstellen mit max. 98 % in Anspruch genommen werden dürfen. Die Personalkosten orientierten sich an dem mit dem Land geschlossenen Schutzschirmvertrag. Hier sei die Zielgröße der ermittelte Haushaltsansatz abzüglich einer zu erwirtschaftenden Einsparung in Höhe von mindestens 500.000 € pro Jahr.

Auf Nachfrage von Herrn Haumann erläutert Frau Landrätin Schneider, dass das vorgegebene 2 %ige Einsparpotenzial für alle hauptamtlichen Dezernate gelte. Natürlich seien auch zur Steuerung der Personalkosten die zur Verfügung stehenden Instrumente wie z.B. Stellenbesetzungssperre und Aufgabenkritik anwendbar. Dies liege allerdings im fachlichen Verantwortungsbereich der Dezernenten.

Weitere Nachfragen von Herrn Pilger, Herrn Hamel und Herrn Kreistagsvorsitzender Funck werden von Frau Landrätin Schneider abschließend beantwortet.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

4. Zwischenbericht zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses „Bürgerbeteiligung an der Diskussion über Schutzschirm (Haushaltskonsolidierung)“ vom 25. Juni 2012

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald weist auf den vorliegenden schriftlichen Bericht vom 28.01.2013 und erläutert die verschiedenen durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Schutzschirm und der Haushaltskonsolidierung. Die Resonanz auf die entsprechenden Prozesse sei allerdings bei der Bevölkerung eher zurückhaltend gewesen, was nach Ansicht des Kämmeres auch mit dem mangelnden Interesse der Bürgerinnen und Bürger an dem Kreishaushalt

zu begründen sei. Man werde allerdings den Bürgerbeteiligungsprozess fortführen und mit dem Haushaltssicherungskonzept 2014 erneut eine Plattform für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Dies solle vor der Entscheidung des Kreistages erfolgen, damit die Vorschläge aus der Bevölkerung in die Beratungen einbezogen werden könnten.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich Herr Gruppenvorsitzender Scherer, Herr Tampe-Haverkock, Herr Hamel, Frau Hofmann und Frau Landrätin Schneider.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

5. Mitteilungen und Anfragen

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erstattet folgende Mitteilungen:

- Darstellung der Einsparungen von Arbeitszeiten/Personalkosten und Fahrtkosten durch die seit Frühjahr 2011 entfallenden Außendienste bei Schuleingangsuntersuchungen (**Anlage 1**)

- Begründung für den abweichenden Kostendeckungsgrad in der BSC des Gesundheitsamtes (**Anlage 2**)

- Gewährung von Entschuldungshilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen: Ablösung der ersten 65 Mio. € Kassenkreditschulden am 15.02.2013. Der Restbetrag von 25 Mio. € ist für Juli des Jahres angekündigt.

- Der Bericht über den aktuellen Stand der Erträge und Aufwendungen zum Stichtag 31.12.2012 liegt vor und wurde in das Parlamentsinformationssystem eingestellt. Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald informiert in diesem Zusammenhang den HFR, dass sich das Jahresergebnis 2012 nach den ersten vorsichtigen Schätzungen um rund 13 Mio. € verbessern werde. Das erwartete Defizit der Haushaltsplanung 2012 werde sich voraussichtlich nach gegenwärtigem Stand von 22,9 Mio. € auf ca. 10 Mio. € reduzieren.

Herr Hamel thematisiert die in Zusammenhang mit der aktuellen Mietwerterhebung und der hiermit einhergehenden neuen KdU-Richtlinien die vom Job-Center versandten Bescheide zum angemessenen Wohnraum an betroffene Bedarfsgemeinschaften. Die Empfängerinnen und Empfänger von KdU-Leistungen seien aufgefordert worden, innerhalb von 6 Monaten zu Mietpreissenkungen beizutragen. Herr Hamel fragt an, wie es zu dieser Maßnahme des Job-Centers gekommen sei und wie viele Verfahren gegen betroffene Bedarfsgemeinschaften eingeleitet wurden.

Weitere Fragen und ergänzende Stellungnahmen zur gleichen Thematik erfolgen von Herrn Kreistagsvorsitzenden Funck, Frau Fraktionsvorsitzenden Hofmann, Herrn Tampe-Haverkock und Herrn Fraktionsvorsitzenden Semmler.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald verweist grundsätzlich auf die durchgeführte Mietwerterhebung und die danach rechts- und gerichtssicher erarbeitete Richtlinie bzw. Handlungsanweisung zur Angemessenheit der Mieten.

Frau Landrätin Schneider teilt mit, dass von den überprüften 1.042 Bedarfsgemeinschaften ca. 28 % von Kostenabsenkungsverfahren betroffen seien. Bei dieser Quote seien bereits Bedarfsgemeinschaften herausgerechnet worden, die nach Abwägung von Ermessenspielräumen und Wirtschaftlichkeit nicht von einem Verfahren betroffen seien. Ein Teil der Bescheide sei den betroffenen Mietpersonen zugestellt worden. Inzwischen wurde mit dem Jobcenter und dem Fachdienst Soziales vereinbart, erneut in einer Arbeitsgruppe zu beraten, wie mit den Auswirkungen auf die betroffenen Personen umgegangen werden soll. Bis zum Vorliegen entsprechender Ergebnisse würden keine weiteren Maßnahmen seitens des Jobcenters eingeleitet. Frau Schneider stellt nochmals klar, dass seitens des Jobcenters rechtmäßig verfahren wurde.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald ergänzt die Ausführungen von Frau Landrätin Schneider, dass die sog. Angemessenheitsgrenzen für den Wohnraum gemäß der Handlungsanweisung Gültigkeit hätten. Daher sei festzustellen, dass das Jobcenter pflichtgemäß gehandelt habe. Mit dem Jobcenter sei vereinbart worden, zunächst keine weiteren Mietsenkungsaufforderungen zu versenden. Die Empfänger der bereits zugestellten Bescheide hätten die Gelegenheit Stellung zu nehmen. Die Arbeitsgruppe (Jobcenter und Fachdienst Soziales) werde Ende Februar zusammentreffen und dann entscheiden, wie in der Sache weiter vorgegangen werden soll.

Matthias Klose
Ausschussvorsitzender

Klaus Dieter Schmitt
Schriftführer

Anlagen:
1. Arbeitszeiten/Personalkosten der Schuleingangsuntersuchungen
2. Deckungsgrad des Gesundheitsamtes

Anlage 1

Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss

Gießen, den 15. Februar 2013

Dezernat II
Büroleitung

Name: Eva-Maria Jung
Telefon: 0641-9390 1303
Fax: 0641-9390 1344
E-Mail: eva-maria.jung@lkgi.de
Gebäude: F
Raum: 102b

An den
Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss
zur Kenntnis

Darstellung der Einsparung von Arbeitszeiten/Personalkosten und Fahrtkosten durch die seit Frühjahr 2011 entfallenden Außendienste bei den Schuleingangsuntersuchungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses wurde die Frage nach den Einsparungen bei den Schuleingangsuntersuchungen vor dem Hintergrund der entfallenen Außendienste gestellt.

Diese Frage können wir Ihnen wie folgt beantworten:

Fahrtzeit pro Woche für Außendienst

ca. 4 Termine/Woche		Stunden	Personalkosten/Std.	Summe
pro Ärztin	ca.	5	36,40 €	182,00 €
		Stunden	Personalkosten/Std.	Summe
pro Helferin	ca.	5	17,20 €	86,00 €

Fahrtzeit bei durchschnittlich 42,5 Wochen pro Jahr Außendienst (2 Ärztinnen + 2 Helferinnen)

	Stunden	Personalkosten/Std.	Summe		
pro Ärztin	212,5	36,40 €	7.735,00 €	x 2 =	15.470,00 €
	Stunden	Personalkosten/Std.	Summe		
pro Helferin	212,5	17,20 €	3.655,00 €	x 2 =	7.310,00 €

bei 4 Mitarbeiterinnen insgesamt	**850,00 Std.**	**Personalkosten für Fahrtzeit insgesamt =**	**22.780,00 €**

durchschnittliche Pkw-Kosten pro Jahr
(direkte Einsparung)

pro Mitarbeiterin		
444,95 €	x 4 =	**1.779,80 €**

Einsparung Gesamt **24.559,80 €**

Dirk Oßwald
Erster Kreisbeigeordneter

Anlage 2

Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss

Gießen, den 15. Februar 2013

Dezernat II
Büroleitung

Name: Eva-Maria Jung
Telefon: 0641-9390 1303
Fax: 0641-9390 1344
E-Mail: eva-maria.jung@lkgi.de
Gebäude: F
Raum: 102b

An den
Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss
zur Kenntnis

Begründung für den abweichenden Kostendeckungsgrad in der BSC des Gesundheitsamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

der abweichende Kostendeckungsgrad von den Jahren 2009, 2010 und 2011 kann wie folgt begründet werden:

Ein Anstieg von 2009 zu 2010 (von 16,55 % auf 21,21 %) ist aufgrund einer Erhöhung des Ansatzes für die Schuleingangsuntersuchungen (diese wurden in 2010 rückwirkend für die Jahre 2006,2007, 2008 und 2009 in Rechnung gestellt) zu begründen. Jedoch wird dies durch die Reduzierung der Ansätze bei den Einnahmen für interne Untersuchungsaufträge für den FD Soziales sowie bei den Ausgaben aufgrund von der Einstellung der 40.000 € für die Tätigkeiten von Herrn Isikci reduziert.

Das Absinken von 2010 zu 2011 (21,21 % auf 14,10 %) ist damit zu begründen, dass zum einen der Ansatz für 2010 für die Schuleingangsuntersuchungen (es wurde mit Mehreinnahmen von 35.000 € pro Jahr gerechnet) nochmals erhöht wurde von 207.000 € auf 240.000 € sowie der Ansatz bei den Ausgaben für die externen Zahnärztinnen auch um 15.000 € reduziert werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Oßwald
Erster Kreisbeigeordneter